

Wochenblatt

für Böhmen und Umgegend

Böhmer Tageblatt u. Anzeiger

Das Wochenblatt für Böhmen und Umgegend (Böhmer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Böden, des Finanzamts und des Stadtrats zu Böhmen bestmögliche Blatt.
Bankkonten: Erzeugnisse Handelbank e. G. m. b. H. Böhmen. Gemeindegeldkonto: Böhmen Nr. 41
Postfachkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 25 Pf.; Nachschlagel A. Nachweis 25 Pf.; Pufferanzeigengebühr 30 Pf. zuzüglich Porto.

Organ für die Orte: Krumpitz, Waldmühl, Bräunchen, Hohenberg, Wilschthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Wilschdorf, Scharfstein, Schöbden, Pörschendorf

Nr. 197

Sonnabend, den 24. August 1935

103. Jahrgang

Letzte Chance für den Völkerbund

England will Italien nicht reizen

Der mit so viel Spannung verfolgte Kabinettsrat in London, der über die englische Haltung im Abessinienkonflikt entscheiden sollte, hat seine Änderung des bisherigen Kurses gebracht. Die Lage ist völlig unverändert: Das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial aus England nach Abessinien bzw. Italien bleibt bestehen, und zwar, wie in konservativen Londoner Blättern betont wird, mit Rücksicht auf die italienische Reizbarkeit. England wird nach wie vor eine Völkerbundsposition befolgen, und eine Erklärung über die Frage von Sanktionen wird bis auf weiteres nicht abgegeben werden. Dem Völkerbundsrat, der am 4. September in Genf nochmals, angeblich zum letztenmal, sich mit dem Abessinienkonflikt befassen wird, ist also jetzt die Entscheidung zugesprochen worden. Es wird eine Schicksals-Tagung des Völkerbundes werden.

Die englische Presse äußert übereinstimmend ihre volle Befriedigung über den Beschluß des Kabinetts, vorläufig keine Sondermaßnahmen gegen Italien zu unternehmen und sich nur an einem Gesamtvorhaben der Völkerbundsmächte zu beteiligen. In allen Blättern wird darauf hingewiesen, daß die Verweigerung der Waffenexportverbote dazu dienen soll, Frankreich die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen mit Italien zu geben, um am 4. September in der Völkerbundsversammlung in Genf doch noch zu einer friedlichen Lösung des Abessinienkonflikts zu gelangen. Es wird von den meisten Zeitungen als sicher bezeichnet, daß Italien an der Tagung teilnehmen und seine Klagen gegen Abessinien vorbringen werde.

Für die englische Politik geht es jetzt, bis zum Zusammentritt des Völkerbundsrats alle Maßnahmen zu vermeiden, durch die Italien gereizt werden könne. Man stellt weiter fest, daß England bereit sei, seine Verpflichtungen als Völkerbundsmacht in jeder Hinsicht zu erfüllen und daß die jetzt zum Ausdruck gelangte feste Haltung der englischen Regierung ihren Eindruck in Rom nicht verfehlt habe.

In Paris hat das Ergebnis der Londoner Kabinettsberatungen nicht überrascht, da man eine gemäßigte Haltung des Kabinetts voraussetzte und die Vermeidung der Anwendung von Sanktionen gegen Italien und die Nichtaufhebung des Verbots der Waffenexporte als einen Gewinn betrachtet. Man stellt fest, die von dem englischen Kabinettsrat wenigstens vorläufig angenommene Haltung nicht alle Kräfte vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrats abbreche. Nichts sei geschehen, was Italien dazu bringen könne, in Genf nicht

zu erscheinen. So sei noch eine Frist und Raum für eine verständliche Lösung geblieben.

Allgemein deutet man in Paris die Beschlüsse des englischen Kabinetts als den Wunsch, die italienische Empfindlichkeit nicht zu verletzen. Wenn, so erklärt u. a. der dem französischen Außenministerium nahestehende „Petit Parisien“, ein prinzipieller Entschluß in bezug auf Sanktionen in London getroffen wäre, so hätte es im Widerspruch mit der allgemeinen Politik des Kabinetts gestanden, diesen öffentlich zu verkünden; denn die Politik des Kabinetts bestünde für den Augenblick darin, unter den bestmöglichen Bedingungen und im engen Einverständnis mit Frankreich die im Gange befindlichen diplomatischen Bemühungen fortzusetzen, um die Krise durch eine friedliche Lösung zu entwirren.

Nach der Beurteilung in Rom sieht man die Gefahr einer Anwendung von Sanktionen im Ernstfall, trotz der gemäßigten Haltung des englischen Kabinetts, noch nicht beseitigt.

Sondern eher vergrößert. Die Besprechungen mit den Parteiführern werden, so meint man in Rom, die englische Regierung offenbar zu der Überzeugung gebracht haben, daß gerade die Mehrzahl der befragten Parteiführer sich für derartige Maßnahmen einsetzen will. Es wollten, wie man wissen will, besonders die Konservativen glauben machen, daß eine Befestigung Abessiniens durch Italien das englische Weltreich bedrohe und daher englische Gegenmaßnahmen unvermeidlich mache.

Die Entscheidung des britischen Kabinetts, unverändert an den Grundsätzen des Völkerbundes festzuhalten, veranlaßt die amerikanische Presse u. a. zu der Äußerung, daß das Kabinettsrat damit dem Völkerbund eine letzte Chance gegeben habe.

Neuer Ministerrat in London.

Am Freitag fand unter dem Vorsitz des englischen Ministerpräsidenten MacDonald eine zweitägige Besprechung über den italienisch-abessinienlichen Streitfall statt, an der die noch in London verbliebenen Minister teilnahmen. Die französische Regierung ist von den Entscheidungen des britischen Kabinetts auf diplomatischem Wege unterrichtet worden. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß nicht beabsichtigt sei, irgendeine besondere Mitteilung an Italien

zu richten. Die hier und da aufgetauchte Behauptung, daß Eden in Kürze nach Paris zu einer Aussprache mit Cabal fahren werde, gilt zum mindesten als verfrüht.

Zu der Aufnahme der britischen Kabinettsbeschlüsse in Rom stellen die englischen Berichterstatter das Fehlen einer maßgebenden Äußerung zu der Entschlossenheit Englands fest, sich strikt an die Verpflichtungen der Völkerbundschartung zu halten.

Gleichzeitig lasse man in Rom durchblicken, daß die Ergebnisse der Kabinettsitzung nur das darstellten, was Italien erwartet habe. Dagegen werde der Beschluß, die Verhandlungen auf diplomatischem Wege fortzusetzen, zwar als wohlgemeint, aber hoffnungslos angesehen. Über den Inhalt der Beratungen des Kabinetts sind inzwischen einige weitere Einzelheiten durchgesickert. Der im allgemeinen gut unterrichtete „Star“ schreibt, das Kabinettsrat habe sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß der Tanasee und die Quellen des Blauen Nil unter keinen Umständen unter die Kontrolle einer fremden Macht fallen dürften. Ferner sei beschlossen worden, gewisse lebenswichtige strategische Punkte auf der Verbindungslinie des Weltreiches zwischen dem Mutterlande und dem Roten Meer zu verstärken. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ weicht zu berichten, daß das feinerzeitige Angebot Englands, einen Gebietsstreifen von Britisch-Somaliland an Abessinien unter der Voraussetzung abessinischer Zugeständnisse an Italien abzutreten, nach wie vor Gültigkeit habe, falls es hierdurch gelinge, den Frieden zu erhalten.

„Jede Spur von Recht und Freiheit vertweigert.“

Ein irischer Bischof über die Katholikenverfolgungen in Belfast. — Ein scharfes Schreiben an Baldwin.

Der Bischof von Down und Connor in Irland, Dr. Magee, richtete an Ministerpräsident Baldwin ein in scharfster Form gehaltenes Schreiben, in dem die Regierung von Nordirland für die blutigen Katholikenverfolgungen verantwortlich gemacht und eine peinlich genaue Untersuchung über die Natur und Ursachen der fürzlichen Ausschreitungen in Belfast gefordert wird.

Der Bischof schildert die Art, in der die Katholiken in Belfast vom Böbel verfolgt worden seien. Unter den Leidenschaften der Strafe hätten die Katholiken, nur mit Nachgewandern angehen, um ihr Leben fliehen zu müssen. Eine Mutter mit ihrem zwei Tage alten Kinde auf dem Arm sei auf die Strafe geworfen worden (!) und selbst vor ehemaligen Kriegsteilnehmern habe man nicht haltgemacht. Sie seien gewaltsam aus ihren Heimstätten vertrieben worden, und ihre Möbel habe man verbrannt. Alles das habe sich unter den Augen der bewaffneten Streitkräfte der britischen Krone zugetragen. Die noch unvollständige Liste der aus ihren Wohnungen vertriebenen Familien gebe 1903 Männer, Frauen und Kinder an, und die Vertreibungen hätten auch dann noch angebauert, nachdem er, der Verfasser, bei dem Ministerpräsidenten Lord Craigavon Einspruch erhoben habe. Wie verlautet, hat der Bischof von dem Büro des Ministerpräsidenten Baldwin eine kurze Empfangsbestätigung erhalten, in der darauf hingewiesen wird, daß Baldwin sich zur Zeit auf Urlaub befinde.

„Die irischen Katholiken“ — so schreibt der Bischof zum Schluß — haben ein Recht, in ihrem Heimatlande zu leben und dort ihr Brot zu verdienen. Dieses Recht ist herausgefordert worden. Die gegenwärtige Lage ist unhaltbar. Eine Untersuchung vor einem unparteiischen Gerichtshof ist ein zwingendes Gebot der Stunde. Im Auftrage meiner Gemeinde bitte ich Sie, diese veranlassen zu wollen.“

Werdet Mitglied der NSB!

Die Katholikenverfolgung in Belfast

Grauenhafte Einzelheiten

Der Bischof von Down und Connor, Dr. Magee, richtete an Ministerpräsident Baldwin ein in scharfster Form gehaltenes Schreiben, in dem die Regierung von Nordirland für die blutigen Katholikenverfolgungen verantwortlich gemacht und eine peinlich genaue Untersuchung über die Natur und Ursachen der fürzlichen Ausschreitungen in Belfast gefordert wird.

Der Bischof schildert die Art, in der die Katholiken in Belfast vom Böbel verfolgt worden seien. Unter den Leidenschaften der Strafe hätten die Katholiken, nur mit Nachgewandern angehen, um ihr Leben fliehen zu müssen. Eine Mutter mit ihrem zwei Tage alten Kinde auf dem Arm sei auf die Strafe geworfen worden (!)

und sogar vor ehemaligen Kriegsteilnehmern habe man nicht halt gemacht; sie seien gewaltsam aus ihren Heimstätten vertrieben worden, und ihre Möbel habe man verbrannt. Alles das habe sich unter den Augen der bewaffneten Streitkräfte der britischen Krone zugetragen. Die noch unvollständige Liste der aus ihren Wohnungen vertriebenen Familien gebe 1903 Männer, Frauen und Kinder an, und die Vertreibungen hätten auch dann noch angebauert, nachdem er, der Verfasser, bei dem Ministerpräsidenten Lord Craigavon Einspruch erhoben habe.

Wie verlautet, hat der Bischof von dem Büro des Ministerpräsidenten Baldwin eine kurze Empfangsbestätigung erhalten, in der darauf hingewiesen wird, daß Baldwin sich zur Zeit auf Urlaub befinde.

Wir hoffen, daß dieser erschütternde Bericht des irischen Bischofs von den katholischen Deutschen mit größter Aufmerksamkeit gelesen, zugleich aber auch ihre „angeblich stark gefährdete Lage“ im Dritten Reich mit den Verfolgungen der Katholiken in Irland verglichen wird. Im Dritten Reich brauchte bisher noch kein einziger Bischof sich an die Reichsführung wenden, um Abhilfe gegen derartige Drangsalierungen an Körper und Eigentum zu erreichen; im Gegenteil, im Dritten Reich kann jeder Mensch, ob Katholik oder Protestant, nach seiner Meinung selig werden; keinem Katholiken ist bisher in Deutschland auch nur ein Pfennig geraubt oder ihm körperlicher Schaden zugefügt, noch ihm seine Arbeitsstätte genommen worden. Die katholischen Deutschen können genau so unbehelligt ihrem Lebenserwerb nachgehen wie jeder andere Volksgenosse; und trotz alledem finden sich unter den, in diesem Fall deutschen Katholiken (nicht katholischen Deutschen) noch immer Menschen, die diese Tatsachen einfach nicht wahrhaben wollen, weil ihnen damit die Gründe entwinden werden, mit denen sie ihre verhängend politische Machtstellung zurückerobern wollen. Den verantwortungslosen geistlichen Hebern in Deutschland empfehlen wir, sich nur um ihren Glauben und nicht um Politik zu kümmern, ihre Gläubigen im richtigen Gebrauch der Nächstenliebe zu unterrichten, damit die Ueberfälle auf Angehörige der Staatsjugend, die stark den Ereignissen in Irland — nur mit umgekehrten Rollen — gleichen, unterbleiben, und sich täglich mehrere Male als Schuldbeuteln an die Brust zu schlagen: mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa!